

Frankreich, eine Vertagung der Konferenz zu erreichen, müssen die Amerikaner das Bestehen haben, ihre Interessen zu wahren und für die Abhaltung der Konferenz energisch einzutreten. Mit der Vorbereitung der Abrüstungskonferenz dürfte jedoch unserm Erachten die Aufgabe des amerikanischen Staatssekretärs nicht erschöpft sein. Im Weißen Hause zu Washington ist man ohne Zweifel über die wirtschaftliche Katastrophe in Europa sehr gut unterrichtet. Denn die amerikanischen Botschafter in Berlin und London haben erst vor kurzem dem Präsidenten Hoover einen Bericht über die Lage in Europa vorgelegt. Dieser Bericht enthält nach auch beauftragt sein, sich persönlich von den europäischen Not zu überzeugen. Wir können nur wünschen, daß er sich möglichst lange in Deutschland aufhält, um als vorzüglicher und unparteiischer Beobachter die deutsche Not in ihrem ganzen Umfang kennen zu lernen und dann bei seiner Rückkehr in Washington berichten zu können, daß Deutschland vorerst keine Tributzahlungen mehr leisten kann und daß eine der Vernunft angepaßte Neuordnung der Reparationsfrage eine unbedingte Notwendigkeit für alle ist, die an ihr interessiert sind. Wenn auch, wie zu erwarten steht, das Hauptthema der Unterhaltungen in Chequers

die Reparationsfrage sein wird, so hat doch diese Verhandlung mit einem europäischen Interessenten nur einen sehr bedingten Wert. Zu einer Entscheidung gehört die altliche Stellungnahme der Vereinigten Staaten. Die Amerikaner lassen sich ganz bestimmt nicht von christlicher Nächstenliebe leiten, wenn sie ihren Staatssekretär zur Prüfung der tatsächlichen Verhältnisse nach Europa schicken. Denn auch in USA gibt es eine Wirtschaftskrise. Der Aufenthalt Stimsons in Europa, besonders in Deutschland, dürfte voraussichtlich zur Verstärkung der internationalen Meinung beitragen, daß nur gemeinsames Handeln zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise beitragen kann. Des öfteren haben wir schon darauf hingewiesen, daß von dem Besuch der deutschen Staatsmänner in Chequers nicht sofort ein Umschwung in der Lage zu erwarten ist. Im Hinblick auf die Reise des amerikanischen Staatssekretärs nach Europa gewinnt jedoch der Aufenthalt der deutschen Staatsmänner in Chequers mehr an Bedeutung, denn wenn Stimson die deutschen Wünsche kennen gelernt hat, können ihm, wenn er nach England kommt, sofort die Vorschläge des Landes persönlich vorgetragen werden, das zwischen Deutschland und Amerika als Gläubiger- und Schuldnerstaat steht.

dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held über die nunmehr wieder aufzunehmenden Schlichtungsverhandlungen zwischen den beiden Regierungen zeigte sich auf Seiten der Reichsregierung die Bereitwilligkeit, nunmehr die sämtlichen Abänderungen hinsichtlich des Steuervereinfachungsgegesetzes auf dem Wege einer neuen Konferenz durchzuführen. Da mit einer solchen den überaus wichtigen Gedanken der Länder in wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten ein Hauptziel des Kampfes gegen das Steuervereinfachungsgegesetz erreicht ist, glaubt die bayerische Landesregierung auf eine Durchführung der Klage beim Staatsgerichtshof verzichten zu können und wird deshalb unter ausdrücklicher Betonung und Aufrechterhaltung ihres grundsätzlichen Rechtsstandpunktes in toto zum gegebenen Zeitpunkt ihre Klage zurückziehen.

Keine polnische Demarche in Berlin.

Ein Berliner Vormittagsblatt wollte erfahren haben, daß der polnische Gesandte eine offizielle Demarche beim Auswärtigen Amt in Sachen des „Reichsfrontsoldatentages“ in Breslau unternehmen habe. Diese Nachricht, in der auch die angebliche Erwiderung des Staatssekretärs v. Bülow an den Gesandten Dr. Wjodzy wiedergegeben wurde, ist, wie wir erfahren, frei erfunden.

Vor der Wiederaufnahme der französisch-russischen Handelsbeziehungen

Der offizielle „Petit Parisien“ bestätigt, daß französisch-russische Handelsvertragsverhandlungen (also kein Nichtangriffsvertrag) seit einiger Zeit zwischen beiden Regierungen aufgenommen worden sind und jetzt in Paris fortgesetzt werden. Eine französische Delegation von Sachverständigen für Handelsfragen unter Führung des stellvertretenden Sowjethandelskommissars Doolitsky trifft heute in Paris ein. Es handelt sich darum, einen Modus procedendi zu finden, der die Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und der Sowjetunion wiederherstellen soll.

der die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern regeln und der durch die von der Mosauer Regierung im vergangenen Jahre beschlossene Dumping-Operation sich ergebenden Lage ein Ende machen soll. Die Verhandlungen werden rein kommerzielle Bedeutung haben. — Die russische Handelsvertragsdelegation ist heute in Berlin eingetroffen.

Lohnverhandlungen im Ruhrbergbau am 15. Juni.

Wie wir erfahren, hat der Zechenverband die Vertreter der Bergarbeiter zum 15. Juni zu Lohnverhandlungen über den zum 30. Juni gekündigten Lohnstarif nach Essen eingeladen. In dieser unverbindlichen Besprechung wird wohl kaum eine Einigung erzielt werden können, sobald es zu Verhandlungen vor dem Schlichter kommen dürfte.

Riesenpetroleumbrand in Rumänien.

Mehrere Reservoirs der Steaua Romana Raffinerie im Petroleumgebiet von Bacau wurden gestern vom Blitzschlag getroffen und explodierten. In wenigen Sekunden war die ganze Umgebung ein einziges Flammenmeer. Aus allen benachbarten Orten sind die Feuerwehren und Truppenabteilungen an die Brandstätte entsandt worden. Da sich im Augenblick der Explosion viel Beamte und Arbeiter an der Unglücksstätte befanden, befürchtet man, daß viele von ihnen ums Leben gekommen sind. Nach späteren Meldungen hat sich die Katastrophe so abgespielt, daß der Blitz zuerst in ein Reservoir, das 80 Waggons Rohöl enthielt, einschlug. Durch die Explosion griff das Feuer auf drei weitere Reservoirs mit 350 Waggons Del über, die ebenfalls in die Luft flogen. Nach Stundenlangen Bemühungen ist es gelungen, den Brand zu lokalisierten. Der Schaden wird auf über 50 Millionen Lei geschätzt.

Große Parteitagsmehrheit für sozialdemokratische Reichstagsfraktion.

Der Abschluß der politischen Auseinandersetzungen.

Nach Abschluß der politischen Aussprache und nach einem Schlußwort Breitschelds und Sollmanns nahm heute der sozialdemokratische Parteitag, auf dem es durch die geräuschvolle und an Zurufen reiche Anteilnahme der Galerie sehr lebhaft zugeht, die vom Parteivorstand und Parteiausschuß vorgeschlagene Entschließung, die das Verhalten der neun Abgeordneten in der Panzerkreuzerfrage mißbilligt und von den Fraktionen in allen öffentlichen Körperschaften ein einheitliches und geschlossenes Auftreten verlangt, deren Zumberhandlung als parteischädigendes Verhalten gilt, mit 324 gegen 62 Stimmen an. Zu irgendwelchen Kundgebungen kam es hierbei nicht. Mit großer Mehrheit wurde auch eine vom Parteivorstand unterstützte politische Entschließung aufgeführt. Rüstler angenommen, in der am Schluß festgelegt wird, daß die sozialdemokratische Partei in ihrer künftigen Haltung zur Reichsregierung sich davon bestimmen lassen wird, daß es gelingt, die lebenswichtigen Arbeiterinteressen zu sichern. Ebenso wurde ein Antrag angenommen, wonach der Parteitag anerkennt, daß die Fraktion unter den schwierigen Umständen die Idee des Sozialismus und der Demokratie wirksam vertreten hat. „Endlich“, der Antrag des Parteivorstandes, wonach der Parteitag Kenntnis davon nimmt, daß die Reichstagsfraktion als bald nach dem Erlaß der neuen Notverordnung zusammenzutreten und unter Berücksichtigung der gesamten politischen Situation über die Frage der Einberufung des Reichstages entscheiden wird. Die Verhandlungen, denen auf der Galerie sehr interessiert der kommunistische Reichstagsabgeordnete Torgler beizuohnte, wurden dann auf Donnerstag vertagt.

Der neue Parteivorstand.

Der Parteiausschuß hat am Mittwochabend eine Sitzung abgehalten, um sich nochmals mit der Vorbereitung der Vorstandswahlen zu beschäftigen. Es wurde beschlossen, dem Parteitag anstelle von Hermann Müller das bisherige Vorstandsmitglied Vogel-Franken als Vorstehenden vorzuschlagen, jedoch die drei Vorstehenden der Sozialdemokratischen Partei in Zukunft Weiss, Crispian und Vogel sein würden. Als Beisitzer sollen noch in den Parteivorstand gewählt werden Dr. Breitscheld und Lütke-Berlin.

Auf dem Parteitag sind nach den bewegten politischen Auseinandersetzungen der letzten Tage Entscheidungen von Bedeutung nun nicht mehr zu erwarten. Ein großer Teil der Reichstagsfraktion hat sich bereits wieder nach Berlin begeben. Der Parteitag dürfte freitags nachmittag seinen Abschluß finden. In der Vormittagsitzung sprach zunächst Oelsenauer, Berlin über „Partei und Jugend“. Der vom Kaiser Parteitag gestellte Beschluß über die Einrichtung von jugendsozialistischen Gruppen sollte, so sagte er, wegen Reibungen mit anderen Organisationen wieder aufgegeben werden. Eine wichtige Voraussetzung für die unmittelbare verantwortliche Mitarbeit der jungen Generation im politischen Leben sei die planmäßige Eingliederung der jungen Parteimitglieder in die Parteiarbeit. Bei den September-Wahlen habe sich ein erheblicher Teil der Jugend für Nationalsozialisten und Kommunisten entschieden. An der tiefen Gläubigkeit der Jugend an das Dritte Reich oder an ein Sowjet-Deutschland scheiterten alle vernünftigen Einwände. Es seien nicht die konkreten Ziele der Parteien und ihre tatsächlichen Leistungen, sondern die Form ihres politischen Kampfes, der die Sprache dieser Jugend spreche. Nationalsozialisten und Kommunisten händeln in ihrem politischen Leben auf der Stufe, die die sozialistische Arbeiterbewegung schon vor mehr als 70 Jahren überwunden habe. Es gebe augenblicklich für die Sozialdemokratie keine Parole, die der Partei die Massen der Jugend von den radikalen Parteien wieder heranziehen könne.

Die Informationsreise Stimsons nach Europa.

Der amerikanische Staatssekretär besucht Deutschland, Italien, Frankreich und England.

Ende der Zurückhaltung Amerikas?

Staatssekretär Stimson wird Ende Juni eine Reise nach Europa antreten, um sich persönlich ein Bild von der jetzigen Lage Europas zu machen. Er wird von seiner Gemahlin und einem Sekretär begleitet sein. Er fährt zuerst nach Neapel und bereist Italien, Frankreich, Deutschland und zuletzt England, von wo er Ende August die Heimreise antreten wird. Stimson betonte, daß er nicht in politischer Mission fahre. Er werde aber natürlich Höflichkeitssuche bei den Regierungen der von ihm besuchten Länder abstaten. Er erklärte, es liege ihm mehr an einem eingehenden Studium der europäischen Probleme, als an offiziellen Banquets. Gerade deshalb habe er eine kleine Zeit gewählt, um seine Studienfahrt möglichst in diesem Sinne auszuüben zu können. Hier mißt man Stimsons Reise große außenpolitische Bedeutung bei. „Baltimore Sun“ erklärt, die Regierung der Vereinigten Staaten wittert offenbar Morgenluft und habe angefangen, der sehr deutschen Sprache der europäischen Delegierten auf der kürzlich beendeten Tagung der Internationalen Handelskammer sowie angefangen, der scharfen Repressalien, die Kanada gegen den amerikanischen Exporthandel ergriffen habe, einzusehen, daß sie ihre Vogel-Straw-Politik aufgeben und zu einer Verständigung mit der Umwelt kommen müsse. Stimson werde die Genfer Abrüstungskonferenz persönlich vorbereiten wollen, da Präsident Hoover diesen außenpolitischen Erfolg für seine nächstjährige Wahlkampagne benötige. Stimson werde daher versuchen, die Beziehungen zwischen den beiden Regierungen zu verbessern.

Abrüstungsfrage wichtiger als alles andere.

Zu der für Ende Juni angelegten Europareise des Staatssekretärs Stimson meldet der Washingtoner „Times“, daß Stimson eine Reihe privater Unterhaltungen mit Leuten haben werde, die ihm die von ihm gewünschten Informationen über die jetzige Lage Europas geben können. Der „Times“-Korrespondent fährt fort: Gegenwärtig konzentriert sich die Aufmerksamkeit des Staatsdepartements auf die Vorbereitung der für die Abrüstungskonferenz wichtiger als alle anderen europäischen Probleme, und diese anderen Probleme werden hier hauptsächlich unter dem Gesichtswinkel ihrer Auswirkungen auf die Abrüstungskonferenz betrachtet. Trotz der nicht sehr zögigen Berichte über die europäische Lage, die die Regierung von einigen ihrer Botschafter erhalten zu haben scheint, hat das Staatsdepartement es abgelehnt, sich öffentlich über die Frage zu äußern, ob ein Ausbruch der Konferenz zum einmündigen einen Monat wünschenswert wäre. Dies wird eine der Fragen sein, in denen Staatssekretär Stimson nach seiner Rückkehr aus Europa klarer sehen wird.

Stimsons Berliner Aufenthalt.

Senator Borah über die Bedeutung der Europareise des Staatssekretärs.

Nach dem bisher ausgearbeiteten Programm wird Staatssekretär Stimson auf seiner Europareise am 21. Juli in Berlin eintreffen, wo er eine Woche bleiben wird, um Besprechungen mit deutschen Staatsmännern zu pflegen. Botschafter Gaddet, der sich mit der „Europa“ auf der Rückkehr auf seinen Berliner Posten befindet, erhielt Meldung, Stimsons Berliner Aufenthalt vorzubereiten. Senator Borah, mit dem der Staatssekretär den Plan seiner Europareise eingehend besprochen hat, erklärte heute, er begrüße diesen Entschluß als einen außerordentlichen Schritt. Genau wie Kellogg's Reise nach Paris zur Zeichnung des Kellogg-Pactes dem großen Friedensinstrumente erst die gebührende Bedeutung verliehen und dem für die Verteidigung Europas kampfes kampfbereiten deutschen Außenminister Dr. Stresemann veranlaßt habe, trotz erheblicher politischer Widerstände und trotz seines sehr geschwächten Gesundheitszustandes zum ersten Male den Boden der französischen Hauptstadt zu betreten, so werde Stimsons persönliche Erscheinen in den Hauptstädten der vier europäischen Großmächte außerordentlich zur Verbesserung der außenpolitischen Weltlage beitragen. Die von Botschafter Gibson auf der letzten Tagung der Vorbereitung der Abrüstungskonferenz angeforderten Maßnahmen der öffentlichen Meinung für Abrüstungsbeschäftigung in allen Waffengattungen sei hier in Washington von Präsident Hoover anlässlich der Tagung der Internationalen Handelskammer in einer energiegeladen Rede eingeleitet worden. Nunmehr werde Stimson diesen Appell nach Frankreich tragen, und selbst wenn er nicht aktiv an den einzelnen Beratungen teilnehmen, doch starken Einfluß auf ein friedliches Zusammenarbeiten ausüben. Sein Besuch in Berlin, das Stimson nicht kenne, werde gleichfalls für die Klärung der internationalen Probleme von erheblichem Werte sein. Eine Erklärung im Staatsdepartement zufolge befragt die Regierung der Vereinigten Staaten die Zustimmung der Öffentlichkeit zu einer Reise des Staatssekretärs nach Europa, nachdem er aber ein großes Interesse an dieser Konferenz, da sie hier — gleichgültig, welches Resultat sie dort ergebe — einen bedeutenden Einfluß auf die außenpolitische Gestaltung während der nächsten Monate beheimische.

Nationalsozialisten verlangen Reichstagsüberprüfung.

Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion hielt am Donnerstag im Reichstag eine Sitzung ab, in der sie zwei Entschließungen faßte. Die eine richtet sich gegen den „Terror marxistischer Mörderbanden“ unter Hinweis auf die Ermordung mehrerer Stahlhelmmitglieder und macht den Reichspräsidenten und die Reichsregierung auf die hierüber von Tag zu Tag wachsende Erbitterung nationaler Kreise aufmerksam. Die Fraktion müsse die Regierung für alle daraus mit Notwendigkeit entstehenden Folgen heute verantwortlich machen. Die zweite Entschließung befaßt sich mit der bevorstehenden Notverordnung. Ihr Schluß lautet: „Die Reichstagsfraktion der NSDAP legt gegen diese neue angeblich der Sanierung der Reichsfinanzen dienenden Notverordnung feierliche Verwahrung ein, weil sie nur zur weiteren Verleumdung der wertvollen Waffen des deutschen Volkes und zur völligen Vernichtung der deutschen Wirtschaft führe und verlangt zum Zwecke ihrer Aufhebung die sofortige Einberufung des Reichstages.“

Zurücknahme der Klage Bayerns gegen das Reich.

Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz veröffentlicht eine Erklärung, die u. a. besagt: Bei einer neuerlichen Besprechung — und zwar am Vormittag des 2. Juni — zwischen dem Reichsminister Dr. Brüning und

französische Flugzeuge über Borkum und Norderney.

Neue Grenzverletzung.

Drei französische Flugzeuge haben sich heute vormittag über der Deutschen Bucht aufgehalten. Eines derselben flog dabei über Norderney und ist schon durch das eigenartige Motorengeräusch aufgefallen. Auch an anderer Stelle sind, wie wir von zuständigen Stellen erfahren, die fremden Flugzeuge bemerkt worden, so um 8.55 Uhr morgens von Bord des Stationsfahrs „Frauenlob“ über dem Vortrappstein in 150 m Höhe. Um 9.35 Uhr wurde der Kommandantur Borkum zwei Flugboote südlich der Insel Mennert gemeldet. Um 9.45 Uhr überflogen zwei Flugboote den Hafen von Borkum in etwa 50 m Höhe; gleichzeitig wurde ein Doppeldecker über der Insel Suik gesichtet. Wie die Marineflugwache auf Norderney mitteilt, kam das aus drei Marineflugbooten bestehende Geschwader von Norderney und flog nach Südwesten weiter. Nach einer Mitteilung der auf Borkum stationierten Marine nachrichtsstelle wurde das Überfliegen der Insel durch einen Wachposten in den Dänen gemeldet, der die französische Rotmarke auf den Tragflächen der Flugboote erkannt hat. Die Inseln Borkum und Norderney sind besetzt. Angekündet handelt es sich bei dem Flug des französischen Marinefluggeschwaders um eine planmäßige Erkundung deutscher militärischer Küstenanlagen.

Französisches Militärflugzeug bei Kaiserslautern gelandet.

Heute nachmittag gegen 12.30 Uhr ging bei Entenbach ein französisches Militärflugzeug, besetzt mit zwei Unteroffizieren nieder. Die Gendarmen in Entenbach nahen beide Insassen fest, die dann später von der Schutzpolizei Kaiserslautern nach dort übergeführt wurden. Die Militärflieger wollten auf dem Wege nach Weidenburg gewesen sein und angeblich die Orientierung verloren haben. Da gleichzeitig zwei andere Flugzeuge die Gegend überflogen, nimmt man an, daß es sich auch hierbei um französische Maschinen gehandelt hat.

Abflug eines französischen Militärflugzeuges.

Ein Bombenflugzeug des Wehrfliegerregiments 18 in der Nähe von Weh abgefliegen. Die vier Mann Besatzung fand dabei den Tod.

Göbbels „Angriff“ für einen Monat verboten.

Der Polizeipräsident teilt mit: Die nationalsozialistische Tageszeitung „Der Angriff“ wurde heute bis einschließlich 4. Juli 1931 auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten zur Betämpfung politischer Ausstellungen verboten. Das genannte Blatt hat trotz der eingehenden amtlichen Denunciationen über das sogenannte Fernbild erneut dem Polizeipräsidenten Berlin eine Falschung vorgeworfen. Weiterhin hatte das Blatt in Besprechung der Vorgänge anlässlich der Entführung des Schloßgärtner zum Verprügeln Andersdenkender aufgefordert.

Zusammenschluß Otto Strasser-Stennes.

Die früheren Mitglieder der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Hauptmann a. D. Stennes und Dr. Otto Strasser teilen mit: Wir sind keiner Zeit aus der NSDAP Adolf Hitlers ausgetreten, weil die Entwicklung dieser Partei vom Verrat am Nationalismus und Sozialismus geführt hat. Nachdem die organisierten Anfangsversuche scheitern überwinden sind, haben wir uns zu gemeinsamer Arbeit als Nationalsozialistische Kampfgemeinschaft Deutschlands zusammengeschlossen. Hauptmann Stennes übernimmt in der Gesamtbewegung die Reichs-Schäftung.

Protest gegen die Überfliegung der Nordseeinseln.

Die Nachprüfung der amtlichen Stellen hat ergeben, daß tatsächlich französische Marineflug-

Reichs-
Notvere-
präsid-
Bon u

Der Reich-
ang heute
daß die Verord-
der Öffentlich-
schuß des Reich-
Schlußfassung
zu überprüfen,
Notverordnung
Da besonde-
mal nur unvoll-
ten informiert
teiligten Minist-
der Reichsfinan-
Wort und Schr-
finanzminister
sprechen, der K-
reis antwortet
Beratungen
Weißfährten
Die neue
werden muß, i-
Regel kleinere
Reichs, der Vär-
Tatsächlich
2,3 Mill-
werden 17
deutsche
der und
helfen.
Diese Zahlen
deutschen Not
das Schicksal
geht, wird nicht
zubeißen und di-
geheißt der schw-
redet werden ta-
zur Übernehmen
Gruppe ist aus-
schicklich die neue
treffe. Das gilt
für die Kräfte
empfangen.
Wenn darau-
Neuer besonde-
tragbar sei und
erhöhung hä-
demgegenüber be-
bietet lebhaft
Zukunftserver-
seine brauch-
sen kann. Wenn
lung herrscht, da-
als das Jahr 19
so wird es d-
Jahre schick-
Entkommen
diesen beiden
fälle, dann r-
Neuer komm-
Auch die Krie-
unzufrieden mit
alle Volksteile
Scherlein dazu
Die Reichsre-
Sanierungsmah-
auch andere Sch-
Finanzland her-
wird die Re-
werden. In
mehrfach
Freiwillig
durch Bol-
führt werden
seht entschlo-
auf jeden
Wie das „Be-
reile Reichsmi-
sprechung in Sa-
der Kräfte
noch von 19
die außerordent-
noch etwas
Die Reichsre-
ziehung der Lohn-
daß eine ganz
Entkommen die
bern würde. An-
deren Bannung